

Der deutsch-dänische Archivalientausch

Den dansk-tyske arkivudveksling

Jörg Rathjen

aus:

**Die Folgen der Teilung Schleswigs -1920/
Følgerne af Slesvigs deling -1920**

Herausgegeben von/Udgivet af
Rainer Hering und/og Hans Schultz Hansen

S. 103–135

Hamburg University Press

Verlag der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg
Carl von Ossietzky

Impressum

BIBLIOGRAPHISCHE INFORMATION DER DEUTSCHEN NATIONALBIBLIOTHEK

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnetet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

LIZENZ

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Das Werk steht unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung 4.0 International (CC BY 4.0, <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>). Ausgenommen von der oben genannten Lizenz sind Teile, Abbildungen und sonstiges Drittmaterial, wenn anders gekennzeichnet.



ONLINE-AUSGABE

Die Online-Ausgabe dieses Werkes ist eine Open-Access-Publikation und ist auf den Verlagswebseiten frei verfügbar. Die Deutsche Nationalbibliothek hat die Online-Ausgabe archiviert. Diese ist dauerhaft auf dem Archivserver der Deutschen Nationalbibliothek (<https://portal.dnb.de>) verfügbar.

ISSN (online) 2627-9002

DOI <https://doi.org/10.15460/hup.262.2000>

GEDRUCKTE AUSGABE

ISSN (print) 1864-9912

ISBN (Deutsche Ausgabe) 978-3-943423-94-5

ISBN (Dänische Ausgabe) 978-3-943423-98-3

SATZ Hamburg University Press

DRUCK UND BINDUNG Books on Demand – Norderstedt

VERLAG

Hamburg University Press, Verlag der Staats- und Universitätsbibliothek

Hamburg Carl von Ossietzky, Hamburg (Deutschland), 2022

<https://hup.sub.uni-hamburg.de>

Inhalt

Abkürzungen/Forkortelser	VII
Grußwort	IX
Forord	XIII
1920 – ein historisches Ereignis und seine Folgen	1
1920 – en historisk begivenhed og dens følger	9
<i>Rainer Hering und/og Hans Schultz Hansen</i>	
Die Volksabstimmung im Spiegel von Nachlässen im Landesarchiv Schleswig-Holstein	15
Folkeafstemningerne i lyset af private personarkiver i Landsarkivet for Slesvig-Holsten	35
<i>Bettina Dioum</i>	
„Unser Kampf gilt der blutenden Grenze“	49
Nationalismus und Propaganda im deutsch-dänischen Grenzdiskurs (1920–1933)	
„Vor kamp gælder den blødende grænse“	81
Nationalisme og propaganda i den dansk tyske grænsedebat (1920–1933)	
<i>Martin Göllnitz und/og Caroline E. Weber</i>	
Der deutsch-dänische Archivalientausch	103
Den dansk-tyske arkivudveksling	121
<i>Jörg Rathjen</i>	
Strategier for Sønderjyllands integration i Danmark	137
Strategien für die Eingliederung Nordschleswigs in Dänemark	163
<i>Hans Schultz Hansen</i>	

Det midlertidige Ministerium for sønderjyske Anliggender (1919–1920)	187
Das provisorische Ministerium für nordschleswigsche Angelegenheiten (1919–1920)	213
<i>Jørgen Witte</i>	
Den følte grænse – konstruktionen af den nye grænse	237
Die spürbare Grenze – das Konstrukt der neuen Grenze	265
<i>Morten Andersen</i>	
De tosprøgede skoler i de sønderjyske grænsesogne i 1920-erne	289
Die zweisprachigen Schulen in den Grenzgemeinden in den 1920er-Jahren	317
<i>Erik Nørre</i>	
Helsogn og kirkeforfatning – Slesvigs kirkelige deling	341
Gesamtgemeinde und Kirchenordnung — die kirchliche Teilung Schleswigs	365
<i>Carl Christian Jessen</i>	
Det tyske mindretal	387
Grænserevisionskrav og integration – to modsatrettede bestræbelser?	
Die deutsche Minderheit	413
Grenzrevisionswunsch und Integration – zwei unvereinbare Ansinnen?	
<i>Henrik Becker-Christensen</i>	
Den ekstreme sønderjyde	435
Krisebevægelser i 1920-ernes og 1930-ernes Sønderjylland	
Der extreme Nordschleswiger	459
Krisenbewegungen im Nordschleswig der 1920er- und 1930er-Jahre	
<i>Leif Hansen Nielsen</i>	
Autoren- und Herausgeberverzeichnis/ Fortegnelse over forfattere og udgivere	481
Veröffentlichungen des Landesarchivs Schleswig-Holstein	483

Der deutsch-dänische Archivalientausch

Jörg Rathjen

Die Abtretung der nordschleswigschen Gebiete als Folge der Volksabstimmung von 1920 brachte auf vielen Gebieten einschneidende Veränderungen mit sich. Auch das schleswig-holsteinische und dänische Archivwesen blieb nicht unberührt. Die neue Grenzziehung führte zu deutsch-dänischen Gesprächen über einen Austausch von Akten und Archivalien, die im Dezember 1933 in einem Archivabkommen mündeten. Kurz darauf, im Februar 1934 erschien in der *Archivalischen Zeitschrift* ein Beitrag des Direktors des preußischen Staatsarchivs der Provinz Schleswig-Holstein, Walther Stephan (1873–1959), in dem er über das Zustandekommen des Abkommens berichtete. Mit dem Abkommen, so der Staatsarchivdirektor, seien „außerordentlich verwickelte, seit länger als 10 Jahre zwischen beiden Staaten geführte Verhandlungen zum Abschluss gekommen, die in ihren Ergebnissen durch eine neue Verteilung des archivalischen Quellenstoffes für die historische Forschung Schleswig-Holsteins und Dänemarks eine weittragende Bedeutung besitzen“.¹

¹ Walther Stephan: Das deutsch-dänische Abkommen über den Austausch historischer Archivalien. In: *Archivalische Zeitschrift* 42–43 (1934), 338–343; vgl. auch *Archive zwischen Konflikt und Kooperation/Arkiver mellem konflikt og samarbejde. 75 Jahre deutsch-dänisches Archivabkommen von 1933/75 år dansk-tysk arkivoverenskomst af 1933*. Hrsg. von/udgivet af Rainer Hering, Johan Peter Noack, Steen Ousager und/og Hans Schultz Hansen (Landesarchiv Schleswig-Holstein/statens Arkiver i Danmark) (Veröffentlichungen des Landesarchivs Schleswig-Holstein 95). Hamburg 2008. URL: <https://doi.org/10.15460/HUP.LASH.95.83> (letzter Zugriff am 6.4.2022).

Verwickelt und langandauernd waren die Verhandlungen in der Tat. Begonnen in der Geburtsstunde der Weimarer Republik und im ersten Jahr des „Dritten Reiches“ beendet, hatten die deutsch-dänischen Gespräche den gesamten Lebenszyklus der ersten deutschen Demokratie begleitet.

Für die am Archivalientausch beteiligten Archive – das Staatsarchiv der Provinz Schleswig-Holstein (und Vorgänger des heutigen Landesarchivs Schleswig-Holstein), das dänische Reichsarchiv in Kopenhagen sowie das Landesarchiv für Nordschleswig (Landsarkivet for Sønderjylland, seit 2014 Reichsarchiv, Apenrade) – stellte dieses Ereignis einen bedeutenden Markstein dar, das seine Spuren in zahlreichen älteren Beständen hinterlassen hat und das bis in die Gegenwart die Quellenrecherche zu vielen Forschungsfragen der deutsch-dänischen Geschichte prägt.² Zum Archivabkommen existiert bereits ein 1996 veröffentlichter Aufsatz des dänischen Archivars Hans Kargaard Thomsen (1936–2020), der seit 2008 auch in einer deutschen Übersetzung vorliegt und in dem Kargaard Thomsen ausführlich vorrangig anhand dänischer Quellen, aber auch Aktenmaterials des deutschen Auswärtigen Amtes Verlauf und Ergebnisse der Verhandlungen beschreibt.³ Auf Grundlage des Quellenkorpus der beteiligten deutschen Institutionen widmete sich jüngst Sarah Schmidt im Rahmen ihrer Studie zur Geschichte des Staatsarchivs in Schleswig-Holstein ausführlich dem Archivabkommen und seiner Vorgeschichte.⁴ Der vorliegende Beitrag zeichnet die wesentlichen Grundzüge des Archivalienaustausches nach.

Das grundlegende Thema, mit dem sich deutsche und dänische Vertreter über Jahre hinweg in zahlreichen Gesprächen intensiv beschäftigten, war im Prinzip nicht neu. Der Austausch von Akten und anderen Unterlagen bei einem Wechsel der Herrschaft über ein Territorium war weithin üblich, wie diesbezügliche Bestimmungen in zahlreichen Friedens- beziehungsweise Abtretungsverträgen belegen. Die Abgaben umfassten in der Regel Akten,

² Vgl. hierzu Malte Bischoff: Die Folgen des deutsch-dänischen Archivabkommens von 1933 im Landesarchiv Schleswig-Holstein: Vom Nutzen für die Benutzung. In: *Archive zwischen Konflikt und Kooperation* (Anm. 1), 101–111; Hans Schultz Hansen: Wie benutzt man die Archivbestände, die aus dem Staatsarchiv Kiel stammen und sich im dänischen Reichsarchiv sowie im Landesarchiv für Nordschleswig befinden? In: *Archive zwischen Konflikt und Kooperation* (Anm. 1), 131–136.

³ Hans Kargaard Thomsen: Das Archivabkommen mit Deutschland 1933 und seine Vorgeschichte. In: *Archive zwischen Konflikt und Kooperation* (Anm. 1), 59–100.

⁴ Sarah Schmidt: Archivarbeit im Wandel. Das Beispiel des preußischen Staatsarchivs in Schleswig-Holstein 1870–1947 (Veröffentlichungen des Landesarchivs Schleswig-Holstein 121). Hamburg 2021. URL: <https://doi.org/10.15460/HUP.LASH.121.213> (letzter Zugriff am 6.4.2022).

Amtsbücher oder Urkunden, die der Empfänger für die Ausübung der Herrschaft und zur Fortführung der Verwaltung beziehungsweise zur Sicherung von Rechten benötigte. Mitte des 19. Jahrhunderts richtete sich der Blick bei Verhandlungen nun auf einen weiteren, bislang in der Regel nicht berücksichtigten Bereich der Überlieferung: nämlich auf solche Unterlagen, die keinen unmittelbaren Verwaltungsnutzen mehr besaßen, sondern „nur“ noch von historischem Interesse waren.⁵

Zu den frühen Beispielen zählt der Wiener Frieden von 1864, der den deutsch-dänischen Krieg beendete, und in dem sich Dänemark laut Artikel 20 verpflichtet musste, Unterlagen an Preußen abzuliefern. Neben dem üblichen Verwaltungsschriftgut, das für die Fortführung einer ordnungsgemäßen Administration in den neugewonnenen Gebieten durch Preußen notwendig war, umfasste die Verpflichtung auch Unterlagen aus dänischen Archiven. In den Jahren nach dem Friedensschluss bis in die 1870er-Jahre hinein erfolgten Verhandlungen, in denen es vor allem um die Frage ging, welche Archivalien von dänischer Seite aus abzugeben seien. Im Blickpunkt standen dabei nicht nur historische Unterlagen, die im abgetretenen Territorium erwachsen waren, sondern auch solche sich auf Schleswig-Holstein beziehende Archivalien, die sich in den Beständen der ehemals für die Herzogtümer zuständigen, in Kopenhagen ansässigen Zentralbehörden befanden. Der Provenienzgedanke spielte bei den Diskussionen keine Rolle. Noch hatte sich die Auffassung, dass auch der organische Zusammenhang von Unterlagen einer Behörde ein Wert für die Forschung an sich sei, den es möglichst zu bewahren gelte, nicht allgemein durchgesetzt. Seinen Siegeszug sollte das Provenienzprinzip erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts antreten. Als Ergebnis der Verhandlungen lieferte Dänemark somit auch aus den Archivbeständen ehemaliger zentraler Verwaltungsbehörden wie zum Beispiel der Deutschen Kanzlei, Unterlagen an Preußen ab. Im Endeffekt ließ die Archivalienabgabe beide Seiten unbefriedigt: Für Dänemark bedeutete die Überlassung Schleswig-Holstein betreffender Unterlagen, dass wichtige Archivbestände gleichsam zerrissen wurden, während die deutsche Seite das dänische Verfahren als willkürlich empfand, da aus ihrer Sicht wesentliche und wichtige Teilbestände zurückbehalten worden waren. Die deutsche Regierung stellte deswegen nach Abschluss der Ablieferungen auch ganz bewusst keine rechtsverbindliche Erklärung aus, dass

⁵ Thomas Fitschen: Das rechtliche Schicksal von staatlichen Akten und Archiven bei einem Wechsel der Herrschaft über Staatsgebiet (Saarbrücker Studien zum Internationalen Recht 25). Baden-Baden 2004, 91–93.

Dänemark seine aus dem Frieden herrührenden Verpflichtungen erfüllt habe. Allerdings ließ sie das Thema in der Folgezeit ruhen.⁶ Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs sollte die Angelegenheit jedoch angesichts der neuen Lage wieder auf die Tagesordnung gelangen.

Die Veränderungen der territorialen Landkarte Europas als Ergebnis der Friedenschlüsse nach dem Ersten Weltkrieg mit den Grenzänderungen und dem Entstehen neuer Staaten in Ostmitteleuropa wirkten sich auch auf das europäische Archivwesen aus. Sämtliche Friedensverträge enthielten Bestimmungen zu Akten und Archiven. So regelten beispielsweise zwei Passus im Versailler Vertrag die Archivalienauslieferungen zwischen Deutschland und Frankreich beziehungsweise Belgien.⁷ Die Folgejahre waren daher angefüllt mit einer ganzen Reihe von Verhandlungen zwischen den betroffenen europäischen Staaten zu dieser Frage. Insbesondere betraf dies das Schicksal der Archive der ehemaligen Habsburger Doppelmonarchie, von dem Thomas Fitschen in seiner rechtshistorischen Studie zum Schicksal staatlicher Archive bei einem Herrschaftswechsel gar von einem „präzedenzlosen Fall der Neuordnung eines Aktenimperiums“ spricht.⁸ Generell lässt sich wohl ohne große Übertreibung behaupten, dass noch nie zuvor so häufig über Archive, archivische Überlieferungen und Archivalien verhandelt, diskutiert und gestritten wurde wie im Zeitraum nach 1919.⁹

Zu den Archivverhandlungen, die aus einer territorialen Veränderung herrührten, aber nicht in einem Friedensvertrag geregelt waren, gehört der deutsch-dänische Austausch. Angesichts der abzusehenden Abtretung der nördlichen Teile Schleswigs an Dänemark regte Arnold Oskar Meyer (1877–1944), Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Kiel und Sekretär der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, beim Generaldirektor der preußischen Staatsarchive Paul Fridolin Kehr (1860–1944) an, die Frage eines Archivalientausches zwischen Deutschland und Dänemark in Anknüpfung an die Verhandlungen der 1870er-Jahre wieder aufzugreifen. Der Generaldirektor stimmte dem zu und wandte sich im April 1919 an Au-

⁶ Stephan (Anm. 1) 339; Schmidt (Anm. 5), 36–61; vgl. zur dänischen Perspektive Hans Kargaard Thomsen: Arkivforhandlingerne med Preussen 1864–1875. De danske Synspunkter. In: Arkiv 11 (1987), 167–200; Fitschen (Anm. 5), 87.

⁷ Fitschen (Anm. 5), 107–109.

⁸ Ebd., 137.

⁹ Otto Riedner: Archivwesen und Weltkrieg. In: Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der Deutschen Geschichts- und Alterthumsvereine 73 (1925), 204–226. URL: https://periodika.digitale-sammlungen.de/bdli/Blatt_bsboooooo239,00109.html (letzter Zugriff am 6.4.2022).

ßenminister Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau (1869–1928) mit dem Vorschlag, bei den anstehenden Grenzfragen auch eine endgültige Regelung der Ansprüche auf schleswig-holsteinische Archivalien anzustreben, wobei er sich auf die Ablieferungen der 1870er-Jahre bezog, die ja insbesondere von deutscher und schleswig-holsteinischer Seite als unzureichend angesehen wurden:

„Damals wurden Auslieferungen von Archivalien noch als Prestigefragen aufgefaßt und die Archivbeamten selbst waren von den heutigen Ideen über Archivwesen und des jetzt wohl allgemein angenommenen Provenienzprinzips weit entfernt. Es ist anzunehmen, daß auch die dänische Archivverwaltung sich nicht mehr dagegen sträuben wird, daß denjenigen archivalischen Fonds, die nach Schleswig-Holstein gehören, [...] an uns abgeben werden, wie wir unsererseits die auf die voraussichtlich abzutretenden Teile Schleswigs sich beziehende Archivalien herauszugeben keine Schwierigkeiten machen können.“¹⁰

Der Generaldirektor empfahl, Staatsarchivdirektor Paul Richter (1866–1939) und einen Vertreter der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte mit der Aufgabe zu betrauen, die archivalischen Ansprüche festzustellen. Anfang Mai erhielt der Staatsarchivdirektor schließlich eine diesbezügliche Anweisung der beim Auswärtigen Amt angesiedelten Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen.¹¹ Richter selbst hatte sich jedoch seinerseits bereits vorausschauend seit einiger Zeit mit den Konsequenzen, den die abzusehende Abtretung Nordschleswigs für das Staatsarchiv haben würde, beschäftigt und den Gutsbesitzer von Deutsch Nienhof und Landeshistoriker Paul von Hedemann-Heespen (1869–1937), der auch im Vorstand der Geschichtsgesellschaft saß, aufgrund dessen Erfahrung um Unterstützung gebeten.¹² In den folgenden Wochen und Monaten versuchte Staatsarchivdirektor Richter, sich mittels Rundschreiben an einige Forscher, die über Kenntnisse über die Quellenbestände durch ihre Arbeit in dänischen Archiven verfügten, ein Bild von der dort vorhandenen Überlieferung schleswig-holsteinischer Archivalien zu

¹⁰ LASH Abt. 304 Nr. 129, Bl. 6, Schreiben des Generaldirektors der preußischen Staatsarchive an Außenminister Graf von Brockdorff-Rantzau, 1.4.1919.

¹¹ Ebd., Bl. 5, Schreiben vom 2.5.1919

¹² Ebd., Bl. 1, Schreiben Richter an von Hedemann-Heespen, 7.3.1919.

verschaffen, um auf dieser Grundlage die Grundsätze für einen Austausch festzulegen.¹³

Nach Abschluss der vorbereitenden Arbeiten wandte sich Richter schließlich im September 1919 an seinen dänischen Kollegen vom Reichsarchiv Kristian Erslev (1852–1930). Richter schlug eine Revision der Archivbestandsauftnahme der 1870er-Jahre vor, die, wie Richter schrieb, „zum Schaden für die archivalischen und wissenschaftlichen Interessen des schleswig-holsteinischen Landes“ gewesen sei.¹⁴ Der Direktor des Reichsarchivs stand dem Vorhaben zwar prinzipiell positiv gegenüber, betonte aber, es gebe ebenso von dänischer Seite aus Forderungen nach Rückgaben, da damals von Dänemark „Akten überstellt wurden, die eigentlich in das dänische Reichsarchiv gehörten“.¹⁵ Nach dieser ersten Kontaktaufnahme geschah erst einmal wenig. Zwar hatte Richter der Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen vorgeschlagen, mit Paul von Hedemann-Heespen nach Kopenhagen zu reisen, um dort gewissermaßen durch informelle Gespräche unter Kollegen persönliche Vorfeldarbeit zu leisten, bevor es zu offiziellen Verhandlungen über die gegenseitigen Ansprüche und Forderungen kommt. Allerdings ließ der Generaldirektor der preußischen Staatsarchive mitteilen, dass dies nicht erforderlich sei, da man zunächst der dänischen Seite die Initiative überlassen wolle.¹⁶ Erst 1921 nahm die Angelegenheit wieder Fahrt auf.

Im Oktober 1921 kamen deutsche und dänische Vertreter, darunter Richter und Erslev, in Kopenhagen zu sowohl unverbindlichen Gesprächsrunden als auch offiziellen Verhandlungen zusammen. Es zeigte sich dort jedoch nur zu deutlich, wie unterschiedlich die Auffassungen beider Seiten über das Ende der Archivverhandlungen 1875 waren. Auf deutscher Seite wies man aufs Neue darauf hin, dass Dänemark seine Verpflichtungen damals nicht in vollem Umfang erfüllt habe und somit noch deutsche Rechtsansprüche auf die Auslieferung von historischen Unterlagen bestünden. Zum Auftakt präsentierten die deutschen Vertreter ihren Gastgebern auch gleich eine umfangreiche Liste mit Archivbeständen, die für die schleswig-holsteinische Landesgeschichte historisch bedeutsame Unterlagen beinhalteten. Nach deutscher Auffassung waren diese von Dänemark in den 1870er-Jahren zurückbehalten

¹³ Ebd., Bl. 17, Rundschreiben vom 22.5.1919; Schmidt (Anm. 4), 119.

¹⁴ LASH Abt. 304 Nr. 129, Bl. 37, Schreiben Richter an Erslev, 6.9.1919.

¹⁵ Ebd., Bl. 40, Antwortschreiben Erslevs, 7.10.1919; Thomsen (Anm. 3) 60; Schmidt (Anm. 4), 120.

¹⁶ LASH Abt. 304 Nr. 129, Bl. 44, Schreiben des Generaldirektors der preußischen Staatsarchive an Richter, 11.11.1919.

worden und seien nun abzugeben, darunter unter anderem das wertvolle Archiv der Herzöge von Gottorf, das aus der Gemeinsamen Regierung der Herzogtümer herrührende Gemeinschaftliche Archiv sowie Unterlagen von Mittel- und Zentralbehörden, wie der Deutschen Kanzlei und der Glückstädter Kanzlei. In einem gleichzeitig vorgelegten Vertragsentwurf war in einem Passus festgehalten, dass die dänische Regierung sich verpflichte „die noch im dänischen Besitz befindlichen Urkunden, Akten usw., die lediglich oder überwiegend zu Deutschland gehörende Gebiete betreffen und von historischer Bedeutung sind, auszuliefern“.¹⁷ Die dänische Seite lehnte diese Bestimmung rundweg ab und machte klar, dass das Kapitel abgeschlossen sei, und daher keine Rede davon sein könne, an die damaligen Verhandlungen umstandslos wieder anzuknüpfen.

Die Dänen präsentierten im weiteren Verlauf der ersten Gespräche ihrerseits eine Reihe von Gegenforderungen. So erhob man Ansprüche auf Rücklieferung der aus Beständen zentraler Behörden abgegebenen historischen Unterlagen zu Nordschleswig sowie der Patente und Registranten der Deutschen Kanzlei aus dem Zeitraum 1730 bis 1770, die insbesondere für Forschungen zur dänischen Außenpolitik von großem Interesse waren. Von mindestens ebenso großer Bedeutung waren aus dänischer Sicht die Akten des Ministeriums für das Herzogtum Schleswig, das von 1852 bis 1864 tätig war. Hier argumentierte man mit der großen Bedeutung der Unterlagen für Forschungen zur Geschichte des dänischen Gesamtstaates in seiner Endphase.

Beide Seiten hatten damit während der ersten Kontakte und Gesprächsrunden gewissermaßen ihre „Argumentationspfölze“ eingeschlagen. Doch die Angelegenheit kam nur langsam voran. Zu unterschiedlich blieben vorerst die jeweiligen Standpunkte, auch wenn zunehmend die Einsicht vorherrschte, mit Maximalforderungen nicht weit zu kommen. So kritisierte Reichsarchivar Erslev die seiner Auffassung nach zu hoch gespannten Erwartungen seiner deutschen Kollegen.¹⁸ Der dänische Professor Aage Friis (1870–1949), der mit Erslev und von Hedemann-Heespen in Kontakt stand und damit gewissermaßen inoffiziell eingebunden war, forderte, dass die Deutschen „von ganz praktischen Dingen ausgehen und sich nicht an Theorien und Formalitäten festbeißen, aber so, wie die Sache bisher verlaufen ist, habe ich da meine Be-

¹⁷ Thomsen (Anm. 3), 63; Schmidt (Anm. 4), 154; LASH Abt. 304 Nr. 130, Bl. 49–57, Protokoll über die Verhandlungen.

¹⁸ Thomsen (Anm. 3), 70.

fürchtungen".¹⁹ Friis rief beide Seiten zum Verzicht auf und empfahl Großzügigkeit. Auf deutscher Seite wiederum empfand von Hedemann-Heespen später mit kritischem Blick auf beide Seiten die Verhandlungen als „marktschreierisches Gefeilsche“.²⁰ Auch Richter plädierte in einem Schreiben an seinen dänischen Kollegen Erslev für ein gegenseitiges Entgegenkommen und griff dabei gewissermaßen den Faden von Friis auf, als er betonte, lieber über praktische als theoretische Fragen zu sprechen und das möglichst in informellen Verhandlungen zwischen Fachleuten unter Ausschluss der Politik, Verwaltung und Presse.²¹ Tatsächlich waren im Rahmen der weiteren Verhandlungen eine Reihe von Behörden beteiligt – neben den jeweiligen Außenministerien waren dies auf preußischer Seite noch die Generaldirektion der preußischen Staatsarchive sowie die preußische Staatsregierung –, mit denen es sich abzustimmen galt, was die Angelegenheit nicht einfacher machte, zumal auch immer wieder übergeordnete politische Interessen durchschienen. Denn bei den kontroversen Diskussionen um den Austausch von Akten und Archivalien handelte es sich nicht allein um rein archivfachliche Fragen oder um die Befriedigung von Wünschen einzelner Geschichtsforscher beiderseits der Grenze. Nicht zu unterschätzen ist das politische Interesse an dem Komplex, insbesondere, so scheint es, auf deutscher Seite. Dieser Aspekt taucht dezidiert 1921 in einem Schreiben des preußischen Innenministeriums an das Auswärtige Amt auf. Angesichts eines übersandten dänischen Vertragsentwurfes zum Austausch sorgte man sich im Innenministerium um eine mögliche Rückwirkung der deutsch-dänischen Verhandlungen auf entsprechende Gespräche mit Polen. Kritisch wurde die beabsichtigte Ablieferung von historischen Unterlagen gesehen. Das Ministerium pochte stattdessen darauf, nur Akten in die Verhandlungen einzubeziehen, die für die Fortführung der Verwaltung in den abgetretenen Gebieten notwendig seien. Aus einer weiter gefassten Ablieferungspflicht könnten sich hingegen „starke politische Unbequemlichkeiten [...]“ ergeben, insoweit es sich um Akten handelt, die die Polen- oder Dänenpolitik betreffen“.²²

¹⁹ Zit. nach ebd., 67.

²⁰ Ebd., 74.

²¹ Ebd., 68. „Da mit prinzipiellen Gesichtspunkten in unserem Sinne bei den Dänen nichts anzufangen ist, so müssen sie auf den Weg der Zugeständnisse im einzelnen gedrängt werden“, LASH Abt. 304 Nr. 132, Bl. 140, Schreiben Richter an Scheel, 6.12.1923.

²² LASH Abt. 304 Nr. 130, Bl. 5, 11.8.1921.

Das Auswärtige Amt stimmte in seiner Stellungnahme den Bedenken des Innenministeriums zu. Auch hier sah man die Gefahr, bei einer entsprechenden Übereinkunft mit Polen, die gesamten Akten über die preußische Polenpolitik des 19. Jahrhunderts abzugeben, „Akten, die dann selbstverständlich propagandistisch von Polen gegen Deutschland ausgenützt würden“.²³ Das Amt empfahl, sich auf den Boden des Provenienzprinzips zu stellen und nur Akten von Behörden auszuliefern, die ihren Sitz in den abgetretenen Landesteilen hatten. Staatsarchivdirektor Richter war sich ebenso im Klaren darüber, dass es nicht ausschließlich um archivfachliche und wissenschaftliche Probleme ging. So wandte er sich im Frühjahr 1923 an den Vorsitzenden des Provinziallandtages Hermann Bendix Todsen (1864–1946) und den Landeshauptmann Reinhard Pahlke (1866–1937) und bat um ihre vertrauliche Stellungnahme, ob es hinsichtlich der Ablieferung der Akten des Ministeriums für das Herzogtum Schleswig derart politische Bedenken gebe, dass man ein Archivabkommen scheitern lassen müsste. Beide verneinten die Frage angesichts des ihrer Meinung nach eher geringen Werts der sich im Staatsarchiv befindlichen Unterlagen des Ministeriums.²⁴ Aber auch auf dänischer Seite kam ein nationalpolitisches Interesse zum Vorschein, wenn Reichsarchivar Erslev 1921 gleich zu Beginn der Gespräche deutlich machte, dass man im Reichsarchiv „imstande sein müsse, die allgemeine Politik sowie die Regierungs- und Verwaltungstätigkeit der dänischen Monarchie gegenüber dem Gesamtstaate zu studieren und wenn nötig zu verteidigen“.²⁵

Unterdessen kam es im Herbst 1921 schließlich auf Ebene der beiden Regierungen zu offiziellen Kontakten in Form von Notenwechseln. Das dänische Außenministerium legte eine auf Basis des im Laufe der ersten Gespräche präsentierten deutschen Entwurfs überarbeitete Vertragsfassung vor, die insbesondere darauf abzielte, dass Deutschland die historischen Unterlagen, die Nordschleswig betreffen und in den 1870er-Jahren von Dänemark abgegeben worden waren, wieder zurückgibt. Die deutsche Reaktion war verhalten. Man lehnte dies nicht rundweg ab, wollte es jedoch von der Erfüllung deutscher Wünsche seitens Dänemarks abhängig machen. Dabei vergaß die deutsche Regierung den Hinweis nicht, dass es für Deutschland keinerlei vertragliche Verpflichtung gebe, Verwal-

²³ Ebd., Bl. 2, 22.8.1921. Zum Archivabkommen mit Polen s. Fitschen (Anm. 5), 129–130; Schmidt (Anm. 4), 153.

²⁴ LASH Abt. 304 Nr. 132, Bl. 59–67, hier besonders Bl. 67, Schreiben des Landeshauptmanns an Richter, 14.6.1923.

²⁵ LASH Abt. 304 Nr. 135, Denkschrift Richters, S. 7, April 1930.

tungs- und historische Akten auszuliefern. Vielmehr sei es eine Angelegenheit des guten Willens und des Entgegenkommens – was auch auf dänischer Seite so gesehen wurde. Immerhin aber akzeptierte man auf deutscher Seite den Vertragsentwurf als Grundlage für kommende Verhandlungen.²⁶ Einigkeit konnten beide Regierungen im März 1922 immerhin über die Abgabe der Nordschleswig betreffenden Verwaltungsakten erzielen, deren Aufteilung gemäß dem Provenienzprinzip keine großen Schwierigkeiten bereitete. Eine entsprechende vertragliche Regelung erfolgte im darauffolgenden Monat.²⁷

Strittig blieb jedoch weiterhin die Frage, wie mit historischen Unterlagen zu verfahren sei. Im Frühjahr 1922 kam es zu weiteren Treffen zwischen deutschen und dänischen Vertretern unter der Führung von Richter und Erslev. Einen besonderen Streitpunkt stellten hierbei Archivalien zu Südschleswig dar, die bei den in Kopenhagen ansässigen zentralen Behörden erwachsen waren.

Gemäß der Übereinkunft beider Regierungen sollten fortan verbindliche Verhandlungen über die Verteilung historischer Unterlagen von einer deutsch-dänischen Kommission, die mit Fachleuten aus beiden Ländern zusammengesetzt war, stattfinden. Auf deutscher Seite wurde Staatsarchivdirektor Richter zum offiziellen Staatskommissar für den Archivalienaustausch ernannt, ihm beigeordnet war der aus Hadersleben stammende Tübinger Professor für Theologie Otto Scheel (1876–1954) als Sondersachverständiger, der sich zuvor im Abstimmungskampf engagiert hatte und überdies über gute politische Kontakte verfügte.²⁸ Daneben berief Richter noch den Kieler Privatdozenten für Landesgeschichte Otto Brandt (1892–1935) und den Landesbibliothekar Volquard Pauls (1884–1954) als weitere Sachverständige hinzu. Die dänischen Interessen vertraten Reichsarchivar Erslev sowie seine beiden Kollegen aus dem Reichsarchiv Laurs Rasmus Laursen (1864–1936) und Wilhelm Christensen (1866–1949). Bis zu den ersten Zusammenkünften der Kommissionen sollte es freilich noch ein paar Monate dauern, da Formalitäten geregelt werden mussten, wobei sich offenbar das deutsche Auswärtige Amt viel Zeit

²⁶ Thomsen (Anm. 3), 64–67; Schmidt (Anm. 4), 156–158.

²⁷ Thomsen (Anm. 3), 75.; Schmidt (Anm. 4), 159–160; Stephan (Anm. 1), 339; Fitschen (Anm. 5), 109; Riedner (Anm. 7), 221.

²⁸ Schmidt (Anm. 4), 165; Scheel erhielt 1924 den an der Universität Kiel neu eingerichteten Lehrstuhl für Schleswig-Holsteinische Landesgeschichte, Reformationsgeschichte und Nordische Geschichte, vgl. dazu die neueste Studie von Carsten Mish: Otto Scheel (1876–1954). Eine biografische Studie zu Lutherforschung, Landeshistoriografie und deutsch-dänischen Beziehungen (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte Reihe B Darstellungen Bd. 61). Göttingen–Bristol/USA 2015.

ließ.²⁹ Schließlich sorgte dann noch der Umzug des Staatsarchivs von Schleswig nach Kiel im Winter 1922/23 für Verzögerung. So konnten die Verhandlungen erst im Frühjahr 1923 aufgenommen werden.³⁰

Die deutsche Seite hatte inzwischen darauf verzichtet, Rechtsansprüche aus Artikel 20 des Wiener Friedens von 1864 geltend zu machen. Deutsche wie Dänen waren übereingekommen, dem Austausch das Prinzip des „*do ut des*“ zugrunde zu legen, also eines gegenseitigen Austausches von Unterlagen, der möglichst beide Seiten zufriedenstellen sollte. Deutschen wie dänischen Vertretern war klar, dass eine Lösung der Archivalienfrage nach der reinen archivfachlichen Lehre des Provenienzprinzips angesichts der seit den 1870er-Jahren bestehenden Verteilung kaum möglich war. Insbesondere aber das Staatsarchiv konnte an einer solchen Regelung keinerlei gesteigertes Interesse haben, da es in diesem Fall viel zu viel zu verlieren hätte, wie dessen Direktor auch unumwunden zugab:

„[Das Provenienzprinzip, J.R.] konnte aber für uns in Rücksicht auf die älteren Archivalien deshalb nicht maßgebend sein, weil bei den früheren Archivabgaben von Seiten Dänemarks, besonders in den Jahren 1873/75, von solchen Behörden, die ihren Sitz in Kopenhagen gehabt hatten, umfangreiche Bestände abgegeben worden waren – Bestände, die jetzt den wertvollsten Grundstock des Archivs für das 18. Jahrhundert ausmachen. Auch sonst waren Archivalien, die das jetzt abgetretene Nordschleswig betreffen, aber nicht in dessen Gebietsteilen erwachsen waren, hierher gelangt. Wenn es sich jetzt um die Herausgabe von Archivalien für diese nordschleswig'schen Gebiete handelte, so können alle diese Bestände nicht umgangen werden. Noch weniger konnte unsererseits ein nachträglicher Verzicht auf die Archive der Zentralbehörden in Kopenhagen in Frage kommen.“³¹

Statt auf dem Provenienzprinzip sollte die Verteilung vielmehr auf Grundlage des jeweiligen wissenschaftlichen Forschungsinteresses beruhen. Diese Einstellung entsprach der „auch von dänischer Seite genährten und von den Sachverständigen vertretenen Auffassung, daß in der Sphäre der Wissenschaft eine Verständigung leicht erzielt werden würde“.³² Die Hoffnung auf eine schnelle-

²⁹ LASH Abt. 304 Nr. 132, Bl. 3, Schreiben Richter an Scheel, 27.9.1922.

³⁰ Ebd., Bl. 45, Schreiben Richter an Erslev, 12.3.1923.

³¹ LASH Abt. 304 Nr. 135, Denkschrift Richter, S. 7, April 1930; Stephan (Anm. 1), 339

³² Ebd., Denkschrift Richter, S. 3, April 1930; Schmidt (Anm. 4), 166–167.

re Einigung unter Sachverständigen und Forschern sollte freilich trügen. Auch unter ausschließlicher Berücksichtigung wissenschaftlicher Aspekte blieben weiterhin knifflige Fragen zu lösen, waren doch aufgrund der jahrhunderte-langen engen Verbindung zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein viele der infrage kommenden Archivalien für dänische und deutsche Forscher gleichermaßen von großem Interesse. Auf bestimmte Unterlagen von vornherein zugunsten des anderen verzichten wollte keine der Parteien. Die deutsch-dänische Kommission sah schwierigen Gesprächen entgegen.

In den folgenden Monaten, während die „Weimarer Republik“ von einer Krise in die nächste geriet und die Inflation in Deutschland schwindelerregende Höhen erreichte, gelang es der Kommission, sich weitgehend über die auszutauschenden Unterlagen zu einigen und die Übereinkunft in einen Vertragsentwurf zu gießen. Deutschland erklärte sich bereit, die Lokalakten der abgetretenen Gebiete ebenso abzugeben wie das Archiv des Ministeriums für das Herzogtum Schleswig, wobei man hier noch einige Unterlagen für sich reklamierte, sowie die Patente und Erlasse der Deutschen Kanzlei aus dem Zeitraum 1730 bis 1770. Zu diesem „Austauschpaket“ sollten noch weitere Urkunden und Akten hinzukommen, über die man aber erst später eine genaue Vereinbarung treffen wollte. Im Gegenzug sollte das Staatsarchiv Akten und Urkunden aus dem Gemeinschaftlichen Archiv sowie das Gottorfer Archiv mit gewissen Ausnahmen erhalten. Gerade um letztere Überlieferung, auf die die deutschen Vertreter bekanntlich besonderen Wert legten, hatte es noch Auseinandersetzungen gegeben, da Erslev ursprünglich nur die sich auf Holstein beziehenden Akten abzugeben bereit war, während die Unterlagen zu Schleswig im Reichsarchiv verbleiben sollten.³³ Der dänische Reichsarchivar rückte jedoch schließlich von seiner Position ab und gestand zu, auch Akten des Gottorfer Archivs, die Südschleswig betreffen, auszuliefern. Zu diesen beiden großen Beständen sollte das Staatsarchiv noch einige Fürstenarchive, Finanzunterlagen zu Holstein und Südschleswig erhalten sowie Urkunden und Akten nach besonderer Vereinbarung. Damit schien nun endlich nach Jahren der Gespräche und Verhandlungen ein Ergebnis erzielt, das als Grundlage für eine abschließende vertragliche Regelung zwischen beiden Staaten dienen konnte. Bevor es aber so weit war, mussten noch etliche offene Fragen geklärt werden. Denn in der Übereinkunft waren für einige Bestände, wie für das

³³ Wie wichtig für die deutsche Seite das Gottorfer Archiv war, zeigt die Bemerkung von Paul von Hedemann-Heespen in einem Schreiben an Aage Friis: „Bekommen wir nicht das Gottorf-Archiv ganz [...], so lohnt es sich meiner Ansicht nach nicht, auch nur noch 10 Minuten auf die ganzen Archivtauschverhandlungen zu verwenden“, zit. nach Thomsen (Anm. 3), 79.

Gemeinschaftliche und das Gotorfer Archiv, Ausnahmen vorgesehen, über die noch eine Vereinbarung getroffen werden sollte. Andere Unterlagen waren zu dem gar nicht näher spezifiziert worden, sondern sollten ebenfalls erst Gegenstand gesonderter Verabredungen werden. Der Teufel steckte also in den Details, und diese sorgten dafür, dass sich die ganze Angelegenheit weitere Jahre hinzog und auf beiden Seiten zunehmend zu Ermüdungserscheinungen und Frustrationen führte, wobei sich beide Parteien gegenseitig dafür verantwortlich machten.

Nach weiteren sechs Jahren, im Jahr 1930, waren Richter und Erslev schließlich nach dem mühevollen Durchforsten etlicher infrage kommender Bestände mit ihren Detailausarbeitungen fertig und bereit, einen überarbeiteten Vertragsentwurf ihrer jeweiligen Regierung zuzustellen. Obwohl beide Seiten den Inhalt des Abkommens als vergleichsweise zufriedenstellend bezeichneten, klang in den Stellungnahmen und Äußerungen deutscher wie dänischer Archivare und Sachverständigen keine allzu große Begeisterung an. So vertraten die dänischen Vertreter die Auffassung, die Deutschen würden im Vergleich die wertvollere Überlieferung erhalten. Auch Staatsarchivdirektor Richter auf deutscher Seite war mit dem Erreichten im Grunde nicht glücklich. In einer umfassenden Denkschrift für die preußische Staatsregierung, in der er den Gang der Verhandlungen ausführlich nachzeichnete und die einzelnen Punkte des Abkommens kommentierte, kritisierte er insbesondere die „unerfreuliche und unbefriedigende Behandlung, die unsere Ansprüche bei den dänischen Abgaben erfahren“.³⁴ Er war allerdings auch skeptisch, ob sich momentan durch weitere Verhandlungen ein besseres Ergebnis erzielen ließe und empfahl letztendlich die Annahme des Entwurfs. Auch der preußische Ministerpräsident Otto Braun (1872–1955) sah in seiner Reaktion auf die Mitteilung Richters keinen Sinn darin, weiter zu insistieren, betonte jedoch, es „sei durchaus im Interesse Preußens, die jetzt getroffenen Abmachungen in einer späteren günstigeren Zeit abzuändern“.³⁵ Gemünzt war diese Äußerung des Ministerpräsidenten auf den abschließenden Passus des Abkommens, in dem beide Seiten sich zusicherten, auf künftige Forderungen zu verzichten. Richter hatte empfohlen, diese Bestimmung aufzuweichen, um sich eine Hintertür für spätere Forderungen offenzuhalten –³⁶ insbesondere dann, wenn sich irgendwann für

³⁴ LASH Abt. 304 Nr. 135, Denkschrift Richter, S. 41, April 1930.

³⁵ Zit. nach Thomsen (Anm. 3), 90.

³⁶ Im Vertragsentwurf hatte es geheißen, „dass auf beiden Seiten kein weiterer Anspruch auf historische Archivalien mehr besteht“. Der deutsche Vorschlag lautete: „Mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung sollen auf beiden Seiten keine weiteren Rechtsansprüche auf historische Archivalien geltend gemacht werden.“, Thomsen (Anm. 3), 96; LASH Abt. 304 Nr. 135, Denkschrift Richter, S. 40, April 1930.

Deutschland günstige politische Umstände ergeben sollten, die es ermöglichen, die Grenze erneut, und diesmal zugunsten Deutschlands, zu verschieben, eine Hoffnung, die weite Kreise in Schleswig-Holstein nicht aufgegeben hatten. Vor diesem Hintergrund ist auch die Bemerkung des preußischen Ministerpräsidenten Braun an das Auswärtige Amt zu verstehen, in der er betonte, nach „deutscher Auffassung ist es völlig unmöglich, dass von deutscher Seite die neue Grenze bei der Herausgabe der Archivalien unbedingt anerkannt wird“.³⁷ Die Dänen stimmten dem deutschen Formulierungsvorschlag über den Verzicht auf weitere Archivforderungen zu, da sie im Gegensatz zu den deutschen Vertretern in den unterschiedlichen Fassungen keinen Unterschied in der Bedeutung zu erkennen vermochten.

Ein weiterer Stein auf dem Wege hin zu einer endgültigen Einigung wurde mit der Gründung des Landesarchivs für Nordschleswig in Apenrade 1931 beiseitegeräumt. Das neue Archiv sollte die nordschleswigschen Lokalakten aufnehmen. Schleswig-holsteinische Forscher sahen hierin ihren Wunsch nach einer „ortsnahen“ Verwahrung dieser Überlieferung befriedigt.

Beide Seiten einigten sich zudem darüber, dass im Rahmen wissenschaftlicher Forschungen für Akten bis zum Grenzjahr 1864 selbstständig von den Archiven eine Nutzungserlaubnis erteilt werden konnte, ohne dass eine besondere Genehmigung höherer Stellen einzuholen ist. Ebenso sicherte man sich bei der Benutzung der Archivalien gegenseitige Erleichterungen zu, wie etwa Gebührenbefreiung oder Entgegenkommen bei Aktenversendungen zu Forschungszwecken.³⁸

Im Herbst 1932 war das Abkommen unterzeichnungsreif. In fünf Punkten waren die Ergebnisse jahrelangen Bemühens beider Seiten zusammengefasst. Durch die politischen Umstände in Deutschland sowie durch Formalitätsfragen kam es jedoch zu einer weiteren Verzögerung. Erst im Dezember 1933 trat das Abkommen per Notenaustausch beider Regierungen in Kraft.³⁹

Mit dem Abkommen waren Gespräche und Verhandlungen auf unterschiedlichen Ebenen, teils offiziell, teils über private Kanäle, beendet, die sich von den ersten Gesprächen bis zum Abschluss, wenn auch mit längeren Unterbrechungen, über einen Zeitraum von vierzehn Jahren hingezogen hatten.

³⁷ Zit. nach Thomsen (Anm. 3), 97.

³⁸ Vgl. dazu Schmidt (Anm. 4), 173–175.

³⁹ Abdruck des sich in der Akte LASH Nr. 135 befindlichen Abkommens in: Archive zwischen Konflikt und Kooperation (Anm. 1), 138–144; Deutscher Reichsanzeiger 1934, Nr. 83, 10.4.1934; Schmidt (Anm. 4), 175.

Auf beiden Seiten hatten die intensiven und oftmals als frustrierend empfundenen Diskussionen um Bestände und die daran anknüpfenden komplexen Detailfragen viel Kraft und Energie gekostet. Es herrschte auf beiden Seiten zwar Erleichterung, jedoch keine Freude und schon gar keine Begeisterung über das Erreichte. Zu sehr sahen sich Deutsche wie Dänen im Nachteil. Dänische Vertreter sahen weiterhin den Vorteil ganz auf deutscher Seite, weil diese nach dänischer Auffassung die wertvolleren Unterlagen, wie beispielsweise das Gottorfer Archiv, bekommen hätten, während man selbst überwiegend Lokalakten erhalten habe, deren Wert geringer eingestuft wurde. Die deutsche Sicht gab Staatsarchivdirektor Walther Stephan (1873–1959), der 1931 die Nachfolge Richters angetreten hatte, in seiner eingangs angeführten Bestandsaufnahme in der *Archivalischen Zeitschrift* wieder: „Das endlich Erreichte bleibt Stückwerk.“⁴⁰ Zahlreiche deutsche Wünsche seien unberücksichtigt geblieben. Doch gestand er auch ein, dass eine beide Seiten gleichermaßen befriedigende Verteilung der Unterlagen wegen der „engen Verflechtung der Geschicke beider Länder in der Vergangenheit“ nicht möglich gewesen sei. Dennoch konnte er dem Abkommen durchaus Positives abgewinnen: „Trotz allem unterliegt es keinem Zweifel, daß durch das Abkommen eine sehr wesentliche Verbesserung der Geschlossenheit unserer archivalischen Bestände erreicht wird, die im landesgeschichtlichen Forschungsinteresse auf das dankbarste zu begrüßen ist.“⁴¹

Die Beteiligten hatten eine pragmatische Lösung gefunden, wie sie vermutlich auch vor dem Hintergrund einer spannungsreichen und ressentimentgeladenen Atmosphäre angesichts eines kaum zu entwirrenden Geflechts aus den Folgen der Aktenablieferung der 1870er-Jahre, konkurrierenden wissenschaftlichen Forschungsinteressen und nicht zuletzt politischen Aspekten kaum anders möglich gewesen wäre. Doch trotz aller bemängelten Unzulänglichkeiten erwies sich die Vereinbarung letztendlich als dauerhaft.⁴² Die Verteilung der Archivalien bewährte sich in der Forschung, zumal sich mittlerweile besonders in der Frage der Zugänglichkeit viel getan hat. Zu etlichen der betreffenden Bestände in den Archiven in Schleswig, Kopenhagen und Apenrade liegen inzwischen, zum Teil durch Kooperation entstandene Publikationsfindbücher vor, die es Interessierten ermöglichen, sich ohne Besuch der jeweiligen Einrichtung grundlegend über Bestände und Archivalien zu informieren. Und

⁴⁰ Stephan (Anm. 1), 340.

⁴¹ Ebd., 343; Verzeichnisse der jeweils ausgetauschten Archivalien in LASH Abt. 304 Nr. 140–143.

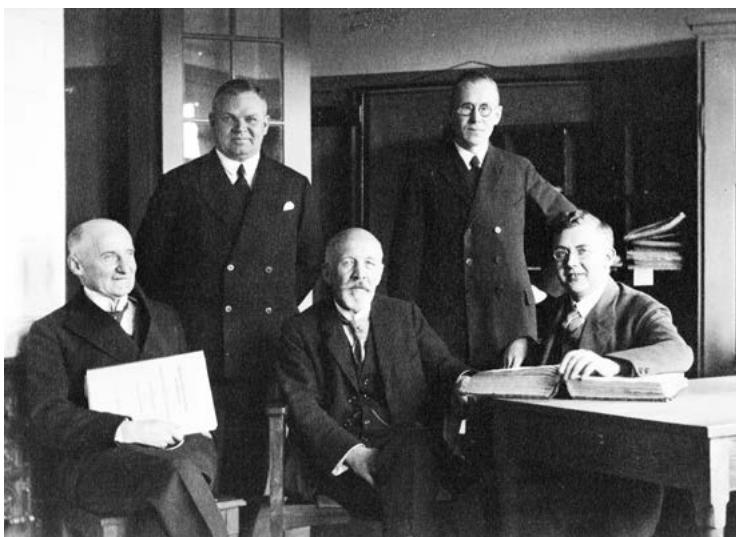
⁴² Vgl. dazu Schmidt (Anm. 4), 179–180.

der nächste Schritt ist auch schon getan: Viele der damals ausgetauschten Unterlagen sind bereits in elektronischen Datenbanken aufgenommen worden, sodass die Archivalien entweder über das dänische Archivinformationssystem DAISY oder das entsprechende Programm des Landesarchivs Schleswig-Holstein Arcinsys Schleswig-Holstein online recherchierbar sind. Wie in vielen Bereichen im deutsch-dänischen Verhältnis ist auch im Archivwesen beider Länder das Trennende zunehmend in den Hintergrund getreten und hat einem konstruktiven und fruchtbaren Miteinander Platz gemacht.



1: Frontansicht des Staatsarchivs in der Karlstraße in Kiel (LASH Abt. 399.92 Nr. 8o).

Facaden på Statsarkivet i Karlstraße i Kiel (LASH Abt. 399.92 Nr. 8o).



2: Personal des Staatsarchivs (um 1930) v.l.n.r.: Walther Stephan, August Reimers, Paul Richter, Heinrich Beeck, Gottfried Ernst Hoffmann (LASH Abt. 304 Nr. 5012).

Statsarkivets personale (omkring 1930), f.v.m.h.: Walther Stephan, August Reimers, Paul Richter, Heinrich Beeck, Gottfried Ernst Hoffmann (LASH Abt. 304 Nr. 5012).

Den dansk-tyske arkivudveksling

Jörg Rathjen

Afståelsen af de nordslesvigske områder som følge af folkeafstemningen i 1920 medførte dybtgående forandringer på mange områder – og kom også til at berøre det danske og slesvig-holstenske arkivvæsen. Den nye grænsedragning førte til dansk-tyske forhandlinger om udveksling af akter og arkivalier, som i december 1933 mundede ud i en arkivoverenskomst. Kort efter, i februar 1934, var der i „*Archivalische Zeitschrift*“ et indlæg ved direktøren for det preussiske statsarkiv i provinsen Slesvig-Holsten, Walther Stephan (1873–1959), som her fortalte om aftalens tilblivelse. Ifølge statsarkivdirektøren betød overenskomsten, at „mere end 10 års overordentligt indviklede forhandlinger mellem de to lande blev afsluttet, og i kraft af den opnåede nye fordeling af arkivalsk kilde-materiale fik den en vidtgående betydning for historieforskningen i Danmark og Slesvig-Holsten.“¹

Indviklede og langvarige – det havde forhandlingerne sandelig været. Påbegyndt i Weimar-republikkens fødselstime og afsluttet i „Det Tredje Riges“ første år havde de dansk-tyske forhandlinger i denne sag stået på i hele det første tyske demokratis levetid.

¹ Walther Stephan: Das deutsch-dänische Abkommen über den Austausch historischer Archivalien. I: *Archivalische Zeitschrift* 42–43 (1934), 338–343; se også *Archive zwischen Konflikt und Kooperation/Arkiver mellem konflikt og samarbejde. 75 Jahre deutsch-dänisches Archivabkommen von 1933/75 år dansk-tysk arkivoverenskomst af 1933*. Hrsg. von/udgivet af Rainer Hering, Johan Peter Noack, Steen Ousager und/og Hans Schultz Hansen (Landesarchiv Schleswig-Holstein/Staatsarkiver i Danmark) (Veröffentlichungen des Landesarchivs Schleswig-Holstein 95). Hamborg 2008 (internet: <https://doi.org/10.15460/HUP.LASH.95.83>).

For arkiverne, som var involveret i arkivudvekslingen – Statsarkivet i provinsen Slesvig-Holsten (forgænger for det nuværende Landsarkiv for Slesvig-Holsten), det danske Rigsarkiv i København samt Landsarkivet for de sønderjyske Landsdele (senere Landsarkivet for Sønderjylland og siden 2014 Rigsarkivet Aabenraa) – var indgåelsen af aftalen en skelsættende begivenhed. Den har sat sine spor i en lang række ældre arkivfonds og har desuden frem til nutiden sat sit præg på kildeundersøgelser i forbindelse med forskning i den dansk-tyske historie.² Om selve arkivtraktaten findes der i forvejen en publikation fra 1996 ved den danske arkivar Hans Kargaard Thomsen (1936–2020), som siden 2008 også findes i en tysk oversættelse. Her giver forfatteren en indgående beskrivelse af forløbet og de opnåede resultater, først og fremmest ved hjælp af danske kilder, men også på grundlag af dokumentmateriale fra det tyske udenrigsministerium.³ Med udgangspunkt i kildemateriale fra de involverede tyske institutioner har Sarah Schmidt i forbindelse med en videnskabelig undersøgelse af det slesvig-holstenske statsarkivs historie for nylig taget arkivtraktaten og dens forhistorie op på ny.⁴ Nærværende bidrag skal vise de vigtigste grundlæggende træk i forbindelse med udvekslingen af arkivalierne.

Den grundlæggende problemstilling, som de danske og tyske forhandlere i årevis og på mange møder måtte beskæftige sig intensivt med, var i principippet ikke noget nyt. Udveksling af aktstykker og andre dokumenter i forbindelse med, at et territorium fik et nyt styre, var et udbredt fænomen, hvilket bestemmelser i mange freds- eller afstålsesaftaler dokumenter. Det, der skulle afleveres, var hovedsageligt akter, officielle registre og adkomstdokumenter, som modtageren skulle bruge for at udøve sit styre, videreføre forvaltningen eller sikre rettigheder. I midten af det 19. århundrede kom der i forbindelse med forhandlinger desuden fokus på et område, som der ellers hidtil ikke havde været

² Jf. herom også Malte Bischoff: Die Folgen des deutsch-dänischen Archivabkommens von 1933 im Landesarchiv Schleswig-Holstein: Vom Nutzen für die Benutzung. I: Arkiver mellem konflikt og samarbejde (note 1), 101–111; Hans Schultz Hansen: Hvordan benytter man akterne fra Statsarkivet i Kiel i Rigsarkivet og Landsarkivet for Sønderjylland? I: Arkiver mellem konflikt og samarbejde (note 1), 131–136.

³ Hans Kargaard Thomsen: Arkivoverenskomsten med Tyskland af 1933 og dens forhistorie. I: Arkiver mellem konflikt og samarbejde (note 1), 59–100.

⁴ Sarah Schmidt: Archivarbeit im Wandel. Das Beispiel des preußischen Staatsarchivs in Schleswig-Holstein 1870–1947 (Veröffentlichungen des Landesarchivs Schleswig-Holstein 121). Hamburg 2021 (Internet: <https://doi.org/10.15460/HUP.LASH.121.213>).

den store interesse for, nemlig dokumenter, som ikke havde nogen umiddelbar administrativ nytteværdi, men ‚blot‘ var af historisk interesse.⁵

Et tidligt eksempel på dette er Wienerfreden af 1864, som markerede afslutningen på den dansk-tyske krig og som i artikel 20 forpligtede Danmark til at aflevere arkivmateriale til Preussen. Udover de gængse administrative dokumenter, som var nødvendige for, at Preussen på ordentlig vis kunne opretholde administrationen i de vundne områder, omfattede denne forpligtelse også materiale fra danske arkiver, og fra fredsslutningen og helt ind i 1870-erne foregik der forhandlinger, som først og fremmest drejede sig om, hvilke arkivalier Danmark skulle aflevere. Der var i den forbindelse ikke kun fokus på historiske dokumenter, som stammede fra det nu afståede territorium, men også på arkivalier, som havde en relation til Slesvig-Holsten, og som befandt sig hos de centrale myndigheder i København, der tidligere havde været ansvarlige for hertugdømmerne. Proveniensprincippet spillede i den forbindelse ingen rolle. Der var dengang endnu ingen almindelig forståelse for, at den organiske sammenhæng i en myndigheds samling af dokumenter i sig selv kunne være af en forskningsmæssig værdi, som man burde bevare. Det var først i slutningen af det 19. århundrede, at proveniensprincippet vandt frem og fik betydning. Som et resultat af forhandlingerne kom Danmark således også til at aflevere arkivalier fra tidligere centrale forvaltningsmyndigheder, for eksempel Tyske Kancelli, til Preussen. Til syvende og sidst endte arkivaftleveringen med at være utilfredsstillende for begge parter: For Danmark betød afleveringen af dokumenter, som vedrørte Slesvig-Holsten, at vigtige arkivbeholdninger så at sige blev revet i stykker og skilt fra hinanden, samtidig med, at den tyske side opfattede den danske fremgangsmåde som vilkårlig, idet man mente, at væsentlige samlinger til dels blev tilbageholdt. Derfor undlod den tyske regering efter afslutningen på afleveringsproceduren helt bevidst at udstede en juridisk bindende erklæring om, at Danmark havde opfyldt sine forpligtelser i henhold til fredsaftalen – dog blev det således, at man på den anden side stillede spørgsmålet i bero og undlod at bringe det på bane igen i den efterfølgende tid.⁶ Efter Første Verdenskrig skulle sagen i lyset af de på ny ændrede magtforhold imidlertid komme på dagsordenen igen.

⁵ Thomas Fitschen: Das rechtliche Schicksal von staatlichen Akten und Archiven bei einem Wechsel der Herrschaft über Staatsgebiet (Saarbrücker Studien zum Internationalen Recht 25). Baden-Baden 2004, 91–93.

⁶ Stephan (note 1) 339; Schmidt (note 4), 36–&1; vedr. den danske synsvinkel jf. også Hans Kargaard Thomsen: Arkivforhandlingerne med Preussen 1864–1875. De danske Synspunkter. I: Arkiv 11 (1987), 167–200; Fitschen (note 5), 87.

Forandringerne på Europas territoriale landkort som følge af fredsaftalerne efter Første Verdenskrig med de tilhørende grænseændringer og nye landes opståen i Østmelleuropa kom også til at påvirke europæisk arkivvæsen. Allefredsaftaler indeholdt således bestemmelser om dokumenter og arkiver. Således fandtes der for eksempel i Versailles-fredstraktaten to bestemmelser om udleveringer af arkivalier mellem Tyskland og henholdsvis Frankrig og Belgien.⁷ I de efterfølgende år gennemførtes derfor en lang række forhandlinger mellem de involverede europæiske lande om dette spørgsmål. Det gjaldt især om den skæbne, der skulle overgå arkiverne fra det tidlige Habsburgske dobbeltdynasti, hvor Thomas Fitschen i sin retshistoriske undersøgelse af, hvad der skete med de statslige arkiver i forbindelse med herredømmeskiftet, ligefrem taler om „en sag uden præcedens, når det drejer sig om omorganisering af et dokumentimperium“.⁸ Og generelt kan man nok uden megen overdrivelse påstå, at der aldrig nogensinde tidligere havde været forhandlet, diskuteret og skændtes så meget om arkiver, arkivoverlevering og arkivalier som i perioden efter 1919.⁹

Den dansk-tyske udveksling hører til de arkivforhandlinger, som havde deres udspring i en territorial forandring, men som ikke var reguleret af en fredstraktat. I lyset af den forventede afståelse af de nordlige dele af Slesvig til Danmark rådede Arnold Oskar Meyer (1877–1944), professor i middelalder- og nyere historie ved Kiels Universitet og sekretær i Selskabet for Slesvig-Holstensk Historie, generaldirektøren for de preussiske statsarkiver, Paul Fridolin Kehr (1860–1944), til at gribe spørgsmålet om udvekslingen af arkivalier mellem Danmark og Tyskland an som en genoptagelse af 1870-ernes forhandlinger. Generaldirektøren samtykkede og foreslog i april 1919 udenrigsminister Ulrich greve Brockdorff-Rantzau (1869–1928), at man i forbindelse med de forestående grænseforhandlinger også tilstræbte en endelig ordning af kravene på de slesvig-holstenske arkivalier – og hvor han henviste til afleveringerne fra 1870-erne, som især den tyske og slesvig-holstenske side havde fundet utilfredsstillende:

„Dengang betragtedes aflevering af arkivalier jo stadig som prestigespørgsmål, og selv embedsmændene på arkiverne var langt fra nutidens idéer

⁷ Fitschen (note 5), 107–109.

⁸ Smst., 137.

⁹ Otto Riedner: Archivwesen und Weltkrieg. I: Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der Deutschen Geschichts- und Alterthumsvereine 73 (1925), 204–226 (https://periodika.digitale-sammlungen.de/bdkg/Blatt_bsboooooo239,00109.html).

om arkivvæsen i forbindelse med det nu efterhånden vel nok almindeligt anerkendte proveniensprincip. Det kan antages, at også den danske arkivforvaltning ikke længere vil modsætte sig, at de arkivalske beholdninger, som hører hjemme i Slesvig-Holsten, [...] afleveres til os, ligesom heller ikke vi vil kunne gøre indsigelser imod at aflevere de arkivalier, som har relation til de dele af Slesvig, som vi efter alt at dømme kommer til at afstå.”¹⁰

Generaldirektøren anbefalede at overdrage opgaven med at bestemme arkivkravene til statsarkivdirektør Paul Richter (1866–1939) samt et medlem af Selskabet for Slesvig-Holstensk Historie. I starten af maj måned fik statsarkivdirektøren en sådan ordre fra det kontor under Udenrigsministeriet, som befattede sig med fredsforhandlingerne.¹¹ Paul Richter havde imidlertid allerede selv med rettidig omhu tænkt over konsekvenserne, som den forventelige afstælse af Nordslesvig ville få for Statsarkivet, og han havde søgt assistance hos godsejer til Deutsch Nienhof og ekspert i slesvig-holstensk historie, Paul von Hedemann-Heespen (1869–1937), der også var medlem af bestyrelsen for historieselskabet og havde erfaring på området.¹² I de følgende uger og måneder forsøgte statsarkivdirektør Richter også at rundsende breve til flere forskere, som i kraft af deres arbejde i danske arkiver havde kendskab til det eksisterende kildemateriale. Han håbede på den måde at kunne få et overblik over, hvad der fandtes af slesvig-holstenske arkivalier i de danske arkiver og på dette grundlag fastlægge nogle principper for den forestående udveksling.¹³

Efter afslutningen på det forberedende arbejde tog Richter så i september 1919 kontakt til sin danske kollega i Rigsarkivet, Kristian Erslev (1852–1930). Richter foreslog en revision af arkivfordelingen fra 1870-erne, som efter hans opfattelse havde været „til skade for Slesvig-Holstens arkivalske og forskningsmæssige interesser”.¹⁴ Rigsarkivaren var i principippet positiv, men understregede, at der så tilsvarende ville være krav om tilbageleveringer fra dansk side, idet der i sin tid fra Danmark var blevet „udleveret akter, som egentlig burde have hørt hjemme i det danske rigsarkiv.”¹⁵ Efter denne indledende kon-

¹⁰ LASH Abt. 304 nr. 129, Bl. 6, brev fra generaldirektøren for de preussiske statsarkiver til udenrigsminister greve Brockdorff-Rantzau, 1.4.1919.

¹¹ Smst., bl. 5, brev af 2.5.1919

¹² Smst., bl. 1, brev fra Richter til von Hedemann-Heespen, 7.3.1919.

¹³ Smst., bl. 17, rundskrivelse af 22.5.1919; Schmidt (note 4), 119.

¹⁴ Smst., bl. 37, brev fra Richter til Erslev, 6.9.1919.

¹⁵ Smst., bl. 40, svarbrev fra Erslev, 7.10.1919; Thomsen (note 3) 60; Schmidt (note 4), 120.

takt skete der imidlertid ikke meget i første omgang. Richter havde ganske vist foreslægt kontoret for fredsforhandlingerne, at han tog til København sammen med Paul von Hedemann-Heespen for at tage tråden op på det personlige plan på uformelle møder med de danske kolleger, inden de officielle forhandlinger om de respektive krav og forventninger skulle gå i gang. Generaldirektøren for de preussiske statsarkiver lod imidlertid forstå, at det ikke var nødvendigt, da man i første omgang hellere ville overlade initiativet til den danske side.¹⁶ Først i 1921 skete der igen noget i sagen.

I oktober 1921 mødtes danske og tyske repræsentanter, deriblandt Richter og Erslev, i København såvel til uforpligtende samtaler som officielle forhandlinger – dog viste det sig her kun alt for tydeligt, hvor forskellige opfattelserne var hos de to parter om afslutningen på arkivforhandlingerne i 1875. Fra tysk side gjorde man ved denne lejlighed igen opmærksom på, at Danmark dengang ikke havde opfyldt sine forpligtelser i fuldt omfang, og at man således stadig havde retskrav på at få udleveret historiske dokumenter. De tyske mødedeltagere præsenterede tilmed også straks deres værter for en omfattende liste over arkiver med dokumenter, som var betydningsfulde for den slesvig-holstenske historie. Efter den tyske sides mening var de i 1870-erne blevet tilbageholdt af Danmark, hvorfor de nu måtte udleveres – deriblandt Gottorp-hertugernes værdifulde arkiv, Fællesarkivet med sin oprindelse i Fællesregeringen for de to hertugdømmer samt dokumenter fra myndigheder på mellem- og centralt niveau, for eksempel Tyske Kancelli og Regeringskancelliet i Glückstadt. Ifølge et aftaleudkast, som blev fremlagt ved samme lejlighed, skulle den danske regering forpligte sig til „at udlevere de endnu i dansk besiddelse værende dokumenter, akter og så videre, som kun eller dog overvejende vedrørte områder hørende til Tyskland og var af historisk betydning.“¹⁷ Den danske side afviste puret at anerkende denne bestemmelse og gjorde det klart, at dette kapitel var afsluttet, og at der ikke kunne blive tale om at tage tråden fra forhandlingerne dengang op igen og fortsætte direkte, hvor man var sluppet.

På de følgende indledende møder fremkom danskerne med en række modkrav, for eksempel om tilbagelevering af udleverede historiske dokumenter fra centrale regeringsmyndigheder, som vedrørte Nordslesvig, samt også patenter og registranter fra Tyske Kancelli fra perioden 1730 til 1770, som var af særlig stor interesse for forskningen i dansk udenrigspolitik. Mindst

¹⁶ Smst., bl. 44, brev fra generaldirektøren for de preussiske statsarkiver til Richter, 11.11.1919.

¹⁷ Thomsen (note 3), 63; Schmidt (note 4), 154; LASH afd. 304 nr. 130, bl. 49–57, mødereferat over forhandlingerne.

lige så betydningsfulde var efter dansk opfattelse akterne fra Ministeriet for Hertugdømmet Slesvig fra 1852 til 1864. Her argumenterede man med disse dokumenters store betydning for forskningen i den danske helstats historie i dens afsluttende fase.

Dermed havde begge parter slæt deres „argumentationspløkker“ i jorden. Men sagen gik langsomt. Synspunkter vedblev med at være for modstridende, selvom den indsigt vandt frem, at der ikke kunne stilles maksimumskrav. Rigsarkivar Erslev kritiserede sine tyske kollegers forventninger, som han mente var for høje.¹⁸ Den danske professor Aage Friis (1870–1949), som var i kontakt med Erslev og von Hedemann-Heespen og således på en måde var uofficielt involveret, krævede, at tyskerne skulle „tage et praktisk udgangspunkt og ikke hænge sig i teorier eller formaliteter, hvad jeg efter sagens hidtidige forløb har næret nogen angstelse for“.¹⁹ Friis opfordrede begge sider til at give afkald og agere generøst. På tysk side fandt Paul von Hedemann-Heespen til gengæld grund til kritik af begge sider og opfattede forhandlingerne som en „prutten og sjakren som på et marked“²⁰. I et brev til sin danske kollega Erslev opfordrede Richter også til at komme hinanden i møde og tog dermed tråden op fra Friis, idet han understregede, at han hellere ville tale om praktiske end teoretiske spørgsmål, og dette helst i form af uformelle forhandlinger mellem eksperter og til gengæld uden politikere, embedsmænd og presse.²¹ Der var nemlig forskellige myndigheder involveret i de videre forhandlinger: Udover de respektive udenrigsministerier var det på preussisk side generaldirektionen for de preussiske statsarkiver samt den preussiske statsregering, som man var nødt til at holde samråd og koordinere med, hvilket ikke ligefrem gjorde tingene nemmere, navnlig fordi der fra tid til anden også var overordnede politiske interesser, som gjorde sig gældende og spillede ind. De kontroversielle diskussioner om udveksling af akt- og arkivmateriale drejede sig nemlig ikke alene om rent arkivfaglige spørgsmål eller om at tilfredsstille ønsker hos historieforskere på begge sider af grænsen. Den overordnede politiske interesse i hele spørgsmålet må bestemt ikke undervurderes – og tilsyneladende navnlig ikke på den tyske side. Dette forhold skinner klart igennem i et brev fra 1921 fra det preussiske Indenrigsministerium

¹⁸ Thomsen (note 3), 70.

¹⁹ Cit. efter smst., 67.

²⁰ Smst., 74.

²¹ Smst., 68. „Da det ikke kan nytte at komme med principielle synspunkter i vort eget favør overfor danskerne, må vi i stedet presse på for at få dem til at gøre indrømmelser fra sag til sag“, LASH Abt. 304 nr. 132, bl. 140, brev fra Richter til Scheel, 6.12.1923.

til Udenrigsministeriet. Med udgangspunkt i et aftaleudkast, som den danske side havde fremsendt, gav Indenrigsministeriet udtryk for sin bekymring for, at de dansk-tyske forhandlinger kunne få en afsmittende virkning på lignende forhandlinger, som skulle føres med Polen. Man ville i den forbindelse undgå at aflevere historiske papirer og insisterede i stedet på kun at lade arkivmateriale indgå i forhandlingerne, som var nødvendigt for den fortsatte forvaltning af de afståede områder, medens en videregående pligt til udlevering kunne medføre „kraftige politiske genvordigheder [...], for så vidt der er tale om materiale, som vedrører vores over for Polen eller Danmark førte politik.”²²

Udenrigsministeriet erklærede i sit svar, at man var enig i Indenrigsmisteriets betænkeligheder, idet man så risikoen for, at man i tilfælde af en lignende aftale med Polen skulle aflevere alt materiale om Preussens politik over for Polen i det 19. århundrede; „materiale, som Polen så naturligvis ville bruge imod Tyskland i propagandaøjemed.”²³ Udenrigsministeriet anbefalede at holde fast i proveniensprincippet og således kun udlevere materiale fra myndigheder, som havde haft hjemme i de afståede landsdele. Statsarkivdirektør Richter var desuden klar over, at sagen ikke udelukkende drejede sig om arkivfaglige og forskningsmæssige problemer. Således henvendte han sig i foråret 1923 til den slesvig-holstenske provinslanddags formand, Hermann Bendix Todsen (1864–1946), og provinsudvalgets direktør, Reinhard Pahlke (1866–1937), og bad dem fortroligt meddele ham, om der var så store politiske bekymringer ved at udlevere dokumenter fra Ministeriet for Hertugdømmet Slesvig, at man ligefrem skulle lade den påtænkte arkivaftale forlise. Begge benægtede dette med henvisning til den ringe værdi, som Statsarkivets dokumenter fra ministeriet efter deres mening havde.²⁴ Men også på dansk side kom der nationalpolitiske interesser i spil, da rigsarkivar Erslev i 1921 straks ved forhandlingernes begyndelse påpegede, at man fra Rigsarkivets side „måtte have mulighed for nøje at studere den almindelige politik såvel som det danske monarkis regering og forvaltning i relation til helstaten og om nødvendigt også forsvare disse.”²⁵

I mellemtíden optog man omsider i efteråret 1921 officielle kontakter mellem de to lande med en udveksling af memoranda på regeringsniveau.

²² LASH Abt. 304 nr. 130, bl. 5, 11.8.1921.

²³ Smst., bl. 2, 22.8.1921. Om arkivaftalen med Polen se Fitschen (note 5), 129–130; Schmidt (note 4), 153.

²⁴ LASH Abt. 304 nr. 132, bl. 59–67, og her især bl. 67, brev fra Landeshauptmann Pahlke til Richter, 14.6.1923.

²⁵ LASH Abt. 304 nr. 135, memorandum ved Richter, s. 7, april 1930.

Det danske udenrigsministerium præsenterede en revideret version af en aftale med udgangspunkt i det tyske udkast, som var blevet fremlagt under de første møder, og hvor det reviderede udkast især havde til formål, at Tyskland nu skulle returnere de historiske dokumenter vedrørende Nordslesvig, som Danmark havde udleveret i 1870-erne. Den tyske reaktion var tilbageholderende, idet man ikke blankt afviste forslaget, men ønskede at gøre det afhængigt af Danmarks opfyldelse af tyske ønsker. Den tyske regering undlod i den forbindelse ikke at påpege, at der for Tysklands vedkommende ikke eksisterede nogen traktatmæssig forpligtelse til at udlevere administrative og historiske sagsakter, og at det i givet fald snarere ville være et spørgsmål om god vilje og imødekommenhed – hvilket man fra dansk side sådan set var enig i. I det mindste accepterede den tyske side aftaleudkastet derhen, at det kunne bruges som grundlag for fremtidige forhandlinger.²⁶ Immervæk kunne de to regeringer i marts 1922 blive enige om udlevering af forvaltningsrelevant materiale, som vedrørte Nordslesvig, og hvor proveniensprincippet betød, at fordelingen af materialet heller ikke frembød de store vanskeligheder. Således blev der indgået en traktatlig aftale om dette den følgende måned.²⁷

Der var imidlertid fortsat uenighed om, hvad der skulle ske med de historiske dokumenter. I foråret 1922 blev der holdt yderligere møder mellem danske og tyske forhandlere under ledelse af Erslev og Richter. Særlig uenighed var der om arkivalier vedrørende Sydslesvig, som i tidens løb var opstået hos de ansvarlige myndigheder i København.

I henhold til en aftale mellem de to regeringer skulle der fremover foregå bindende forhandlinger om fordelingen af historisk materiale ved en dansk-tysk kommission, sammensat af eksperter fra begge lande. På tysk side blev statsarkivdirektør Richter udpeget som officiel statskommissær for arkivudvekslingen. Han blev suppleret med teologiprofessor Otto Scheel (1876–1954) fra Tübingen, der oprindeligt stammede fra Haderslev, som specialsagkyndig. Han havde tidligere været aktiv i afstemningskampen og havde desuden gode politiske kontakter.²⁸ Udover ham udnævnte Richter som yderligere sagkyndi-

²⁶ Thomsen (note 3), 64–67; Schmidt (note 4), 156–158.

²⁷ Thomsen (note 3), 75; Schmidt (note 4), 159–160; Stephan (note 1), 339; Fitschen (note 5), 109; Riedner (note 7), 221

²⁸ Schmidt (note 4), 165; Scheel fik i 1924 et nyoprettet professorat ved Kiels Universitet i slesvig-holstensk historie, reformationshistorie og nordisk historie, jf. herom den nyeste undersøgelse af Carsten Mish: Otto Scheel (1876–1954). Eine biografische Studie zu Lutherforschung, Landeshistoriografie und deutsch-dänischen Beziehungen (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte Reihe B Darstellungen Bd. 61). Göttingen-Bristol/USA 2015.

ge Otto Brandt (1892–1935) fra Kiel, som var privatdocent i slesvig-holstensk historie, og landsbibliotekar Volquard Pauls (1884–1954). De danske interesser blev varetaget af rigsarkivar Erslev samt hans to rigsarkivkolleger Laurs Rasmus Laursen (1864–1936) og Wilhelm Christensen (1866–1949). Dog skulle der stadig gå nogle måneder, før kommissionen holdt sit første møde, idet der forinden var en række formaliteter, som skulle ordnes, hvilket det tyske udenrigsministerium åbenbart ikke havde særlig travlt med.²⁹ Oveni dette kom, at Statsarkivet i vinteren 1922/1923 flyttede fra Slesvig til Kiel, hvilket forsinkede sagen yderligere. Således kunne forhandlingerne først komme i gang i foråret 1923.³⁰

Den tyske side havde i mellemtiden frafaldet sit ønske om at gøre retskrav gældende i henhold til artikel 20 i Wiener-fredstraktaten af 1864. Begge sider var blevet enige om at anvende principippet „do ut des“ for udvekslingen af dokumenter, altså en ordning, hvor begge parter skulle være mest muligt tilfredse. Forhandlerne på begge sider var klar over, at det i lyset af den fordeling, som havde eksisteret siden 1870-erne, næppe ville være muligt at løse arkivaliespørgsmålet udelukkende ved anvendelse af den arkivfaglige lære om proveniensprincipippet. Især kunne Statsarkivet ikke være interesseret i sådan en ordning, idet man så ville have alt for meget at miste, hvilket statsarkivdirektøren da også uden omsvøb indrømmede:

„[Proveniensprincipippet J.R.] kunne med hensyn til de ældre arkivalier efter vores opfattelse ikke lægges til grund, fordi der i forbindelse med tidligere danske udleveringer af arkivalier fra myndigheder i København særligt i årene 1873/75 var blevet afleveret omfattende materiale – materiale, som nu om stunder udgør arkivets mest værdifulde grundstamme af arkivalier fra det 18. århundrede. Også på anden måde var arkivalier kommet materiale hertil, som vedrører det nu afståede Nordslesvig, men som ikke var blevet til i disse landsdele. For så vidt det nu skulle komme på tale at udlevere arkivalier vedrørende de nordslesvigske områder, så ville man ikke kunne gå uden om alle disse. Og endnu mindre kunne det fra vor side komme på tale, at vi efterfølgende skulle give afkald på arkiverne fra de centrale myndigheder i København.“³¹

²⁹ LASH Abt. 304 nr. 132, bl. 3, brev fra Richter til Scheel, 27.9.1922.

³⁰ Smst., bl. 45, brev fra Richter til Erslev, 12.3.1923.

³¹ LASH Abt. 304 Nr. 135, memorandum ved Richter, s. 7, april 1930; Stephan (note 1), 339

I stedet for proveniensprincippet skulle fordelingen snarere baseres på den respektive videnskabelige forskningsinteresse. Denne holdning svarede til „den opfattelse, der også blev erklæret fra den danske side og repræsenteret af eksperterne, om at videnskabsfolk sikkert ville kunne nå til enighed her.”³² Håbet om en ret hurtig aftale mellem eksperter og forskere skulle imidlertid vise sig ikke at holde stik. Selvom kun videnskabelige hensyn blev taget i betragtning, var der stadigvæk vanskelige spørgsmål, som skulle løses, idet meget af det arkivmateriale, der var tale om, var af lige stor interesse for både danske og tyske forskere på grund af den århundredgamle tætte forbindelse mellem Danmark og Slesvig-Holsten. Ingen af parterne ønskede på forhånd at give afkald på disse dokumenter til fordel for den anden part. Den dansk-tysk kommission imødeså vanskelige forhandlinger.

I de følgende måneder, mens „Weimar-republikken” gik fra den ene krise til den næste og inflationen i Tyskland nåede svimplende højder, lykkedes det kommissionen stort set at blive enige om de dokumenter, der skulle udveksles, og formulere det aftalte i et udkast til en traktat. Tyskland gik med til at aflevere de lokale dokumenter fra de afståede områder samt arkiverne fra Ministeriet for Hertugdømmet Slesvig, dog således, at det for nogle dokumenter blev krævet, at de forblev hos Tyskland; desuden afleverede man patenter og reskripter fra det Tyske Kancelli fra perioden 1730 til 1770. I denne „pakkeløsning” skulle yderligere indgå en række akter og dokumenter, som der dog først skulle træffes nøjere aftale om senere. Til gengæld skulle Statsarkivet modtage akter og dokumenter fra Fællesarkivet og Gottorp-arkivet, efter med visse undtagelser. Netop sidstnævnte udlevering, som de tyske forhandlere som nævnt havde lagt særlig vægt på, havde der været kontroversielle diskussioner om, idet Erslev oprindeligt kun var villig til at aflevere akter vedrørende Holsten, mens dokumenterne om Slesvig skulle forblive i Rigsarkivet.³³ Den danske rigsarkivar opgav imidlertid sin holdning til sidst og gik med til også at aflevere akter fra Gottorp-arkiverne om Sydslesvig. Ud over disse to omfattende beholdninger skulle Statsarkivet modtage nogle førstelige arkiver, regnskabsmateriale vedrørende Holsten og det sydlige Slesvig samt dokumenter og akter efter særlig aftale. Efter mange års møder og forhandlinger syntes der

³² Smst., memorandum af, s. 3, april 1930; Schmidt (note 4), 166–167.

³³ Hvor vigtigt Gottorp-arkivet var for den tyske side, fremgår af Paul von Hedemann-Heespens bemærkning i et brev til prof. Aage Friis: „Hvis vi ikke får Gottorp-arkivet som helhed [...], så kan det efter min opfattelse heller ikke betale sig at bruge blot 10 minutter på alle disse arkivforhandlinger”, cit. efter Thomsen (note 3), 79.

således endelig at være opnået et resultat, som kunne danne grundlag for en definitiv aftale mellem de to lande. Men inden det var så vidt, måtte der stadig afklares en lang række åbne spørgsmål, idet aftalen indeholdt undtagelser med hensyn til nogle beholdninger, således om Fælles- og Gottorp-arkiverne, som man stadig manglede at indgå en aftale om. For andre dokumenter gjaldt, at de endnu ikke var blevet nærmere specificeret, men først skulle gøres til genstand for særskilte aftaler. Så djævelen sad nede i de mange detaljer, og det medførte, at hele sagen trak i langdrag i flere år, hvilket for begge siders vedkommende førte til en vis udmatelse og frustration – som begge parter gav hinanden skylden for.

Efter yderligere seks år, i 1930, var Erslev og Richter efter en møjsommelig gennemgang af diverse dokumentbeholdninger omsider færdige med arbejdet med alle detaljerne og således klar til at fremsende et revideret aftaleudkast til deres respektive regeringer. Selvom begge sider betegnede indholdet af traktaten som forholdsvis tilfredsstillende, lå det i ytringerne og tilkendeværslene fra både de danske og tyske arkivarer og sagkyndige mellem linjerne, at der ikke var den store begejstring for resultatet. Således syntes de danske medvirkende, at de leveringer, som tyskerne havde fået, havde en større værdi end det, man selv havde fået. Og på den tyske side var statsarkivdirektør Richter i grunden heller ikke tilfreds med det opnåede resultat. I et omfattende memorandum til den preussiske statsregering, hvor han omhyggeligt fulgte op på forhandlingerne og kommenterede aftalens forskellige punkter, kritiserede han især den „bedrøvelige og utilfredsstillende behandling af vores krav i forbindelse med de danske udleveringer.”³⁴ Dog således, at han samtidig også var skeptisk over for, om man kunne opnå et bedre resultat gennem flere forhandlinger, hvorfor han, når alt kom til alt, alligevel anbefalede at acceptere aftaleudkastet. Også den preussiske ministerpræsident Otto Braun (1872–1955) tilkendegav i sin reaktion på Richters redegørelse, at det efter hans opfattelse ikke gav megen mening at insistere yderligere, men understregede samtidig, at det „da bestemt ville være i Preussens interesse at få ændret de nu indgåede aftaler senere, når tiderne var mere gunstige.”³⁵ Dermed hentydede ministerpræsidenten til aftalens afsluttende bestemmelse, hvor begge parter gav hinanden løfte om at give afkald på senere krav. Richter havde tilskyndet til at få blødgjort denne bestemmelse for at holde en bagdør åben med henblik

³⁴ LASH Abt. 304 nr. 135, memorandum ved Richter, s. 41, april 1930.

³⁵ Cit. efter Thomsen (note 3), 90.

på senere krav³⁶, især, når og hvis der for Tyskland på ét eller andet tidspunkt skulle opstå gunstigere politiske omstændigheder, som ville give mulighed for en ny grænseflytning, denne gang i tysk favor – et håb, som ganske mange i Slesvig-Holsten ikke havde opgivet. Det er også i dette lys, at man skal forstå den preussiske statsministers bemærkning til det tyske udenrigsministerium, hvor han understreger, at det „efter tysk opfattelse er aldeles umuligt, at der med afleveringen af arkivmateriale også skulle være forbundet en ubetinget tysk godkendelse af den nye grænse.“³⁷ Danskerne gav deres samtykke til det tyske formuleringsforslag om afkald på yderligere arkivmæssige krav, idet de i modsætning til de tyske medvirkende ikke kunne få øje på nogen betydningsmæssig forskel mellem de respektive versioner.

En yderligere forhindring på vejen mod en endelig overenskomst blev fjernet med etableringen af Landsarkivet for Sønderjylland i Aabenraa i 1931. Her skulle de sønderjyske lokale dokumenter opbevares. Og forskere fra Slesvig-Holsten så dermed også deres ønske om en opbevaring af det afleverede materiale „i nærområdet“ tilgodeset.

Begge sider aftalte desuden, at arkivinstitutionerne selv kunne udstede adgangstilladelser uden at skulle høre de højere instanser, når det gjaldt akter og dokumenter ældre end 1864 til brug for videnskab og forskning, ligesom man lovede at lette den indbyrdes brug af arkivalierne for hinanden, for eksempel ved ikke at opkræve gebyrer og ved at være imødekommen med fremsendelse af dokumentmateriale til forskningsformål.³⁸

I efteråret 1932 var traktaten klar til underskrift. Resultatet af det arbejde, begge sider havde præsteret over en lang årrække, var samlet i fem punkter. Men på grund af de politiske omstændigheder i Tyskland samt nogle yderligere formalitetsspørgsmål blev sagen nok engang forsinket. Først i december 1933 blev aftalen sat i kraft ved en udveksling af noter mellem de to regeringer.³⁹

³⁶ I aftaleudkastet havde der stået: „at der for begge siders vedkommende ikke eksisterer yderligere krav på historiske arkivalier.“ Det tyske forslag lød: „Med denne aftales ikrafttrædelse skal der for begge siders vedkommende ikke gøres yderligere retskrav gældende med hensyn til historiske arkivalier.“ Thomsen (note 3), 96; LASH Abt. 304 nr. 135, memorandum ved Richter, s. 40, april 1930.

³⁷ Cit. efter Thomsen (note 3), 97.

³⁸ Jf. herom også Schmidt (note 4), 173–175.

³⁹ Optryk af den i LASH-aktstykke nr. 135 beliggende aftale i Archive zwischen Konflikt und Kooperation (note 1), 138–144; Deutscher Reichsanzeiger 1934, nr. 83, 10.4.1934; Schmidt (note 4), 175.

Aftalen markerede afslutningen på møder og forhandlinger på forskellige niveauer, nogle officielle, andre af mere privat karakter, som fra de indledende møder og frem til afslutningen havde stået på i en samlet periode på fjorten år – om end med længere afbrydelser indimellem. På begge sider havde de intense og ofte frustrerende diskussioner om materiale og beholdninger samt de hermed forbundne indviklede spørgsmål om alskens detaljer kostet megen kraft og energi. Hos begge parter kunne der spores en vis lettelse, men ingen glæde – og langt mindre begejstring – over det opnåede resultat. Begge sider havde i for høj grad en følelse af at have fået for lidt ud af det hele. Danske medvirkende syntes fortsat, at tyskerne havde alle fordele, idet den tyske side efter danskernes opfattelse havde fået materiale, som var mere værdifuldt, for eksempel Gottorp-arkivet, medens man selv overvejende havde fået lokale dokumenter, hvis værdi betragtedes som lavere. Det tyske synspunkt formulerede statsarkivdirektør Walther Stephan, der i 1931 havde overtaget Richters post, i sin allerede nævnte statusbetragtning i tidsskriftet „Archivalische Zeitschrift“: „Det, vi langt om længe er nået frem til, er og bliver bidder uden sammenhæng“.⁴⁰ En lang række tyske ønsker var efter hans mening ikke blevet opfyldt. Men han indrømmede også, at en fordeling af arkivalierne, som ville have været lige tilfredsstillende for begge parter, ikke ville have været mulig på grund af „den tætte sammenhæng, der havde været mellem begge landes skæbner og tilskikkelsler i fortider“. Og alligevel kunne han også se noget positivt i aftalen: „Trods alt kan der ikke herske nogen tvivl om, at aftalen har medført en meget væsentlig forbedring af sammenhængen i vort arkivalske materiale, som man ud fra en forskningsmæssig interesse i Slesvig-Holstens historie kun kan hilse velkommen med største taknemmelighed.“⁴¹

Parterne havde fundet en pragmatisk løsning, som næppe kunne være blevet meget anderledes, når der henses til en forhandlingsatmosfære, som var fyldt med spændinger og følelser af nag på grund af det nærmest uopløselige kompleks efter 1870-ernes arkivudleveringer, konkurrerende videnskabs- og forskningsinteresser samt ikke mindst politiske aspekter og forhold. Men trods de mange kritiserede utilstrækkeligheder skulle aftalen til syvende og sidst vise sig at være bæredygtig og langtidsholdbar.⁴² Fordelingen af arkivmaterialet har vist sin duelighed på forskningsområdet – ikke mindst, fordi der sidenhen er sket rigtig meget i spørgsmålet om tilgængelighed. Til adskillige

⁴⁰ Stephan (note 1), 340.

⁴¹ Smst., 343; fortegnelser over de hhv. udvekslede arkivalier hos LASH afd. 304 nr. 140–143.

⁴² Jf. herom også Schmidt (note 4), 179–180.

arkiver findes der nu i Slesvig, København og Aabenraa trykte fortegnelser, som til dels er fremstillet i et samarbejde, som giver interesserede mulighed for at orientere sig grundlæggende om beholdninger og arkivalier uden at skulle besøge den pågældende institution. Og et næste tiltag er også allerede igangsat: Meget af det materiale, som i sin tid blev udvekslet, findes i elektroniske databaser, hvorfor arkivmateriale enten kan undersøges på nettet via det danske arkivinformationssystem „DAISY“ eller det tilsvarende program for Landsarkivet for Slesvig-Hosten, som hedder „Arcinsys Schleswig-Holstein“. Som på så mange områder af forholdet mellem Danmark og Tyskland gælder det også indenfor begge landes arkivvæsen, at der er mindre og mindre fokus på, hvad der adskiller os, og mere på, hvad vi kan gøre sammen på en konstruktiv og merværdiskabende måde.